

Beschluss C 36

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass auf Landes-, Bundes- und insbesondere auf europäischer Ebene geeignete und wettbewerbskonforme Schritte zur Sicherung des Mehrwegsystems durchgesetzt bzw. zugelassen werden. Eine wichtige Maßnahme kann dabei insbesondere eine klare Bezeichnung als Einweg- oder Mehrwegflasche sein, die die Transparenz erhöhen und die ökologische Konsumentenverantwortung stärken kann.

Beschluss C 52

Kopfnoten

Die von der CDU mitgetragenen Landesregierungen und alle CDU-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich energisch für die Beibehaltung bzw. für die Wiedereinführung der sogenannten „Kopfnoten“ in den Zeugnissen einzusetzen.

Beschluss C 65

Die CDU Deutschlands unterstützt nach wie vor die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirte in das deutsche Bilanzrecht, sobald es dafür finanzielle Spielräume im Haushalt gibt.

Beschluss C 84

Verringerung von fremdsprachlichen Begrifflichkeiten in der Behördensprache

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Verringerung von englischen und anderen fremdsprachlichen Ausdrücken in der Behördensprache und -korrespondenz ein.

Beschluss C 85

Solidarität mit Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo

Die CDU gratuliert dem chinesischen Dissidenten und Menschenrechtler Liu Xiaobo zur Ehrung als Friedensnobelpreisträger.

Die CDU erklärt sich mit den Unterzeichnern der Charta 08 solidarisch und unterstützt das Anliegen der mehr als 5000 Bürgerrechtsaktivisten, die das Manifest unterzeichnet haben und zu politischen Reformen und zur Demokratisierung Chinas aufrufen.

Die CDU fordert die Machthaber in Peking dazu auf, Liu Xiaobo aus der Haft zu entlassen und ihm mindestens die persönliche Entgegennahme des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2010 in Oslo zu ermöglichen.

Beschluss C 87

Die CDU lehnt jede Form religiöser Verfolgung ab. Besonders die Verfolgung von Christen muss thematisiert und enttabuisiert werden. Die von der CDU geführte Bundesregierung wird gebeten, die Verfolgung von Christen bei den Regierungen der betroffenen Staaten weiterhin anzusprechen und entschieden dagegen zu protestieren. Gleichzeitig wird die Bundesregierung gebeten zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der Verfolgung von Christen Einhalt geboten

werden kann. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin in dieser Frage zu engagieren.

Beschluss C 89

Jeder Bürger in Deutschland soll die Möglichkeit haben, einen schnellen Zugang zum Internet zu erhalten.

Beschluss C 92

Das große Verkehrsinfrastrukturprojekt Stuttgart 21 und die entstandene Protestbewegung beschäftigen Politik und Öffentlichkeit intensiv. Die CDU Deutschlands steht zu Stuttgart 21: Der Bau der Schnellbahntrasse Stuttgart -Ulm, die Führung der Bahnstrecke durch die Stadt Stuttgart mit Einbindung von Flughafen und Messe und die damit verbundene Tieferlegung des Hauptbahnhofs stärken das umweltfreundliche Transportmittel Bahn, verknüpfen auf ideale Weise unterschiedliche Verkehrsmittel, verbessern den Nah- und Fernverkehr im Südwesten und ermöglichen ein europäisches Schnellbahnnetz von Paris über Stuttgart, München und Wien bis Budapest. Für die Landeshauptstadt Stuttgart und ihre Bürger eröffnen sich zudem große innerstädtische Entwicklungsmöglichkeiten auf dem bisherigen Gleisfeld. Stuttgart 21 bietet viele wirtschaftliche Chancen, ist ökologisch sinnvoll und verbessert die urbane Lebensqualität deutlich.

Das Jahrhundertprojekt Stuttgart 21 ist umfassend demokratisch legitimiert und von allen Parlamenten – teilweise mehrfach – mit großer Mehrheit beschlossen. Gerichtliche Überprüfungen haben stets die Entscheidungen für Stuttgart 21 bestätigt. Wir nehmen die Argumente der Gegner ernst, sind aber davon überzeugt, dass die guten Argumente für Stuttgart 21 überwiegen. Wir bleiben daher bei unserer Befürwortung des Bahnprojekts. Dennoch halten wir es für richtig, wenn Gegner und Befürworter in gegenseitigem Respekt miteinander sprechen.

Das Projekt ist Ausdruck der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die CDU Deutschlands unterstützt daher die Projektträger von Stuttgart 21 und die Bürgerbewegung für Stuttgart 21 ausdrücklich.

Beschluss C 98

Nationaler Gedenktag für die Opfer von Vertreibung

Die CDU/ CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird gebeten, initiativ zu werden, damit das Datum 5. August in den Rang eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer von Vertreibung“ erhoben wird.

Beschluss C 105

Die CDU verurteilt auf das Schärfste den gegen die Christen gerichteten Terror im Irak und fordert die Bundesregierung auf, durch den deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat die Frage des Schutzes der Christen im Irak vor den Sicherheitsrat zu bringen. Dort ist zu prüfen, wie die internationale Staatengemeinschaft zum Schutz der Christen im Irak beitragen kann, und einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen. Die CDU fordert die Bundesregierung weiterhin dazu auf, unverzüglich gegenüber der irakischen Regierung darauf zu drängen, dass diese ihre Anstrengungen zum Schutz der christlichen Minderheit im Irak verstärkt.